

«Die Empathie für Menschen, die Schutz brauchen, ist völlig abgeflacht»

Ist die Migration ein Problem oder eine Lösung? Migrationsexperte Gianni D'Amato analysiert das Verhältnis zwischen der EU und Nordafrika. Und er sagt, warum die Schweizer Migrationspolitik nicht vom Fleck kommt.

Herr D'Amato, in Nordafrika beobachten wir grosse Umwälzungen. Können die Ereignisse als «historisch» bezeichnet werden?

Die aktuelle Entwicklung hat sicher eine historische Dimension. Wir sehen, dass die Menschen in dieser Region, die als relativ kompakt wahrgenommen wurde, sich plötzlich für ihre Bürger- und für Menschenrechte einsetzen. Sie wollen vom Staat ernst genommen werden. Es bildet sich dort eine Art Individuum heraus, das aus Selbstachtung handeln und als moralische Instanz im Gemeinwesen wirken will.

Wie reagiert der Westen auf diese Entwicklung?

Die westliche Welt wurde von den Geschehnissen völlig überrascht. Leider wird die Botschaft, welche die Menschen aus den betroffenen Ländern aussenden, nicht wirklich wahrgenommen. Im Zentrum steht nicht die Frage, wie man diese Menschen in ihren Bestrebungen nach mehr Rechten unterstützen kann, sondern die Angst vor einer bedrohlichen Migrationsbewegung. Ich finde es betrüblich, dass der Westen so ängstlich und sprachlos darauf reagiert.

Tatsächlich ist eine grosse Migrationsbewegung zu beobachten.

Man muss das eingrenzen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind rund 25 000 Personen in Italien angekommen, so viele, wie sonst im ganzen Jahr. Italien hat sofort versucht, diese Migrationsbewegung zu «europäisieren», damit Italien die Last nicht selbst tragen muss. Frankreich und die Europäische Union (EU) haben sich herzlich für das Geschenk bedankt ... und die Leute wieder an Italien zurückgewiesen.

Finden Sie, es ist ein «italienisches» Problem?

Ich meine, das neue Verhältnis zu einem sich zart demokratisierenden Maghreb ist ein europäisches Problem, aber die gegenwärtige italienische Regierung hat es jämmerlich angepackt.

Wie soll die EU damit umgehen?

Es ist bedenklich, dass die EU die betroffenen Regionen in Nordafrika nicht als strategisch wichtige Gegend betrachtet. Man müsste stark auf Kooperation mit diesen Ländern setzen und nicht nur im Bereich der Entwicklungshilfe tätig sein. Wenn sich diese Länder tatsächlich demo-



Bilder: Béatrice Devènes

kratisieren, könnte um Europa herum erstmals eine Zone entstehen, die offen ist für den Rechtsstaat. Die Frage ist nun, ob man dort investieren will, oder ob man das anderen Regimes wie etwa Iran oder Saudi-Arabien überlässt.

An welche Form von Investitionen denken Sie?

Gefragt sind nicht nur Investitionen vor Ort, sondern auch Beziehungsaufbau. Es bräuchte ein offensives Austauschpro-

gramm mit dieser Region, um sie für uns zu gewinnen. Insbesondere nachdem wir sie 40 Jahre lang in Ruhe gelassen und somit die Diktaturen begünstigt haben. Die EU könnte zum Beispiel die Möglichkeit schaffen, temporär Arbeitsmigranten aufzunehmen oder den Austausch mit Studierenden fördern.

Die öffentliche Debatte zeigt aber, dass die Bevölkerung und auch die Politik mit Angst und Abwehr reagieren.

Angst und Abwehr war schon immer eine Grundstimmung in der Schweiz. Sie ist demografisch genährt: Die Schweiz ist angeblich ein kleines Land, das nicht unbegrenzt Menschen aufnehmen kann. Die Leute fürchten sich davor, plötzlich im eigenen Land eine Minderheit zu sein. Die Grundstimmung drückt sich aber auch in der Angst vor kultureller Überfremdung aus: Die Fremden stellen demnach eine Gefahr dar, weil sie so anders sind als wir. Diese Denkstruktur geht in der Schweiz

GIANNI D'AMATO

Gianni D'Amato ist Professor für Migration und Staatsbürgerschaft an der Universität Neuchâtel und Direktor des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM) der Universität Neuchâtel. Der 48-jährige Politologe ist als Sohn von italienischen Migranten in der Schweiz aufgewachsen. D'Amato ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er lebt mit seiner Familie in Zürich.

zurück bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Migration wird als Bedrohung wahrgenommen und nicht als Lösung eines Problems.

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition. Was bedeutet humanitäres Handeln im Kontext der aktuellen Entwicklung?

In diesem Zusammenhang bedeutet es, die Schutzbedürftigen für eine bestimmte Zeit aufzunehmen, weil sie verfolgt werden. Diese Tradition ist – wie auch die Neutralität – eine Form der Aussenpolitik. Sie ist manchmal umstritten. Nach dem Zweiten Weltkrieg musste sie erneuert werden, weil sie während dieser Zeit nicht funktioniert hat.

Wann hat diese Tradition wirklich funktioniert? Können Sie ein Beispiel nennen?

Während des Kalten Kriegs konnte man sich darauf verlassen – ganz besonders, als die Ungarn in die Schweiz kamen. Die einheimische Bevölkerung hat grosses Einfühlungsvermögen gezeigt, und viele haben es als persönliches Bedürfnis empfunden, den Betroffenen zu helfen. Dieses Phäno- →

«In unseren internationalen Arbeitsmärkten sollte Kompetenz entscheidend sein und die Nationalität eine untergeordnete Rolle spielen.»

→ men gab es seither nie mehr. Das haben insbesondere die Chilenen 1973/1974 zu spüren bekommen: Ihre sogenannte Fremdheit wurde viel stärker thematisiert. Sie kamen aus einem anderen politischen Lager und waren deshalb vielen Leuten suspekt. Seit den 1980er-Jahren ist hierzulande die Empathie für Leute, die Schutz brauchen, völlig abgeflacht. Weder die Tamilen und schon gar nicht die Menschen aus dem Balkan konnten hier auf Sympathien zählen.

Ist die Schweiz kein empathisches Volk?

Man darf das nicht zu schwarzsehen ... Es gibt verschiedene Einstellungen: Die einen haben vor allem ökonomische Interessen, für die anderen stehen nationale Werte im Vordergrund, und die dritten engagieren sich für eine humanitäre Schweiz. Es ist diese dritte Gruppe, die sich dafür einsetzt, dass sich die Schweiz im internationalen Rahmen verpflichtet, schutzbedürftigen Menschen zu helfen. Dieser Bevölkerungsteil ist in der Schweiz häufig in der Minderheit – aber es gibt ihn.

Ist die Angst vor Überfremdung berechtigt?

Die Angst ist das eine, die Ideologie das andere. Es ist ganz klar: Wenn die eigene Position durch den Wettbewerb mit anderen eingeschränkt wird, möchte man darauf reagieren. Man sagt sich dann: Je weniger Wettbewerb, desto sicherer ist meine Position. Es ist aber eine Tatsache, dass der Wettbewerb heute in unserem Leben eine zentrale Rolle spielt. Die Frage ist nun, für wen dieser Wettbewerb gilt: Nur für die unteren Schichten – so wie das in den 1950er- und 1960er-Jahren war – oder für alle? Wenn er für alle gilt, dann sollte Kompetenz in unseren internationalisierten Arbeitsmärkten entscheidend sein und die Nationalität eine untergeordnete Rolle spielen. Viele Leute erwarten heute aber, dass sie vor der Qualifikation anderer geschützt werden. Das ist ein Paradox in einer liberalen Marktwirtschaft.

Wir stehen uns also selbst im Weg?

Die Schweiz befindet sich in einer Blockade: Etwa die Hälfte der Bevölkerung unterstützt das System der liberalen Marktwirtschaft, die andere Hälfte wünscht sich Schutzmassnahmen. Das Land ist somit nicht entscheidungsfähig oder hängt von veränderlichen Mehrheiten ab.

Was macht eine Migrantin zur Bürgerin?

Gute Frage – die Einbürgerung einerseits und die Partizipation andererseits.

Das heisst, die volle Bürgerschaft?

Ja – und damit verbunden auch den Schutz vor Diskriminierung. Es gibt in der Schweiz bisher wenige Möglichkeiten, um sich vor Diskriminierung zu schützen. Die Bürgerrechte erlauben, dass man sich öffentlich artikulieren kann, und sie bieten Schutz vor Ausweisung. Wie wir ja wissen, versuchen bestimmte politische Gruppierungen, diese Schutzvorkehrungen zu torpedieren: Sie wollen, dass man quasi «auf Quarantäne» Schweizer wird und die Einbürgerung wieder rückgängig gemacht werden kann, wenn man sich nicht als würdiger Schweizer erweist. Das ist in der heutigen Zeit doch sehr erstaunlich. Diese Praxis der Ausbürgerung kennen wir von der damaligen Vichy-Regierung in Frankreich. Ich staune immer wieder, auf welche historischen Referenzen man teilweise zurückgreift.

Im Oktober finden eidgenössische Wahlen statt. Welchen Einfluss wird das Thema Migration auf den Wahlkampf haben?

Einen sehr grossen! Migration ist ein Thema, das nichts kostet und stark mobilisiert. Es gibt keine andere Gruppe, gegen die man so mobilisieren kann, ohne mit Verlusten im Bereich von Wählerstimmen

rechnen zu müssen. Wer also nicht mit Migrationsfragen mobilisiert, hat vom Wahlkampf nichts verstanden. Es gibt im Zusammenhang mit Migration verschiedene Themen, die sich für den Wahlkampf eignen: Einbürgerung, Missbrauchsbekämpfung etc. – je nachdem, welche Themen im Sommer Konjunktur haben, werden sich die Parteien das Passende herauspicken.

Wie werden sich die Parteien positionieren?

Die meisten Parteien gehen davon aus, dass die SVP mit ihrer Position grundsätzlich echte Bedürfnisse der Bevölkerung aufnimmt, jedoch die falschen Lösungen dazu anbietet. Die SP wird sicher versuchen, den Aspekt der humanitären Tradition einzubringen, die liberalen Kräfte werden die Migration mit ökonomischen Fragen verbinden, aber indirekt geben sie ihrem politischen Gegner Recht. So gesehen hat die SVP schon einen Sieg errungen, weil sich ihre Betrachtung durchgesetzt hat, die quasi im Fremden ein Problem sieht.

Die SP und die Linke allgemein stehen seit Jahren in der Kritik. Man wirft ihnen vor, sie hätten die Migrationsdebatte verschlafen oder sie seien zu lieb. Was sagen sie dazu?

Diese Kritik ist parteiisch. Sie unterstellt der Linken, dass sie das Thema falsch einordnet. Dem gegenüber steht die SVP. Sie hat mit ihrer Politik jahrelang das Ziel verfolgt, keine Reformen zu ermöglichen und hat so die Blockade, die wir seit 30 Jahren haben, zementiert. Bei der Minarettinitiative 2009 ist es ihr erstmals gelungen, das Ausländerthema als Bedrohung öffentlich durchzusetzen. Ein kleiner Staat wie die Schweiz kann aber nur durch Partizipation der verschiedenen Teile und durch Inklusion überleben – weil die Schweiz auf Beteiligung der Leute baut.

Nochmals zur Frage der Linken ...

Wie gesagt, es geht um die Interpretation. Die Linken sehen aus ihrer Perspektive vor allem die humanitäre Tradition:



«Wer nicht mit Migrationsfragen mobilisiert, hat vom Wahlkampf nichts verstanden.»

Wir müssen helfen. Sie sehen aber nicht, dass die betroffenen Migrantinnen und Migranten sich selbst helfen wollen. Sie wollen nicht Klienten sein.

Die Kritik an der linken Migrationspolitik kommt aber nicht primär von den Migranten, sondern vor allem von potenziellen Wählerinnen und Wählern.

Die SP befindet sich in einem Dilemma. Sie vertritt eine breite Wählerschaft, dazu gehören auch Segmente der Bevölkerung, die nach Schutz verlangen – und genau diese Gruppe fühlt sich zunehmend von der SVP angesprochen. Die SP hat es nicht geschafft, alternative Analysen zu liefern. In der linken Bewegung gibt es aber bereits seit dem 19. Jahrhundert eine Spaltung in dieser Frage: Die einen sehen im Fremden eine Chance und sehen sich der internationalen Solidarität verpflichtet. Die anderen haben Angst und wollen sich gegen die Zuwanderung zur Wehr setzen.

Gibt es für Sie ein Land, das im Bereich Migrationspolitik Vorzeigecharakter hat?

Nein, das gibt es nicht. Im Bereich Migration ist zurzeit Kanada «le dernier cri». Ich denke aber, jeder Staat hat sich mit den gleichen Fragen auseinanderzusetzen: Anerkennen wir das Phänomen der Migration? Was machen wir, damit die Situation für alle besser wird? Und wie gehen wir mit uns selbst um? An diesen Fragen zeigt sich schlussendlich, wer wir sind, wie unser System auf Herausforderungen reagiert und wie wir Menschen- und Bürgerrechte wirklich praktizieren. Entscheidende gesellschaftliche Fragen stellen sich anhand von Minderheiten, und nicht anhand des Mainstreams.

Drehen wir das Zeitrad 50 Jahre nach vorne: Wie sieht dann die Zusammensetzung unserer Gesellschaft bezüglich Nationalitäten und Religionen aus?

Die Gesellschaft wird pluralistischer sein. Ich gehe davon aus, dass vermehrt Menschen aus Deutschland in die Schweiz kommen werden. Ob sie dann bleiben und sich auf diesen Staat und unsere Gesellschaft einlassen, wird sich zeigen. Die ganze europäische Migration wird man mehr und mehr als Mobilität erfahren. Migration ist also nicht mehr als definitiver Wechsel zu verstehen. Wenn der europäische Einigungsprozess weitergeht, wird es zu Verschiebungen kommen, die vergleichbar sind mit einem heutigen Kantonswechsel in der Schweiz.

Wird es ein nationales Stimmrecht für Ausländer geben?

Wenn die Schweiz in 50 Jahren Mitglied der EU ist, dann auf jeden Fall. Erfahrungen aus den umliegenden Ländern zeigen, dass das Ausländerstimmrecht keine dramatische Angelegenheit ist! Warum sollen Leute, die Schulen und das Gemeinwesen mitfinanzieren, nicht mitwirken können? Diese Form von nationalem Ausschluss entspricht eigentlich gar nicht dem Selbstverständnis der Schweiz. ■

Das Gespräch führte
Monika Bachmann